

Kulturarbeit im Strafvollzug muss dem 21. Jahrhundert adäquat angepasst stattfinden!

Das Beispiel der Vorgangsweise des Justizministeriums mit der Produktion des Wiener Vorstadttheaters zeigt deutlich auf, wohin die ideologische Reise geht wenn PolitikerInnen ihr Tun ausschließlich an rechten österreichischen Boulevardmedien ausrichten.

Zum Schaden der resozialisierenden Sozialarbeit

Zur Rekapitulation: Nach Antragstellung und Genehmigung der Produktion des Wiener Vorstadttheaters „Gerettet!“ von Edward Bond seitens des Justizministeriums unter Maria Berger zog das Justizministerium unter Bandion-Ortner nach monatelangen Probearbeiten die Genehmigungen für die öffentlichen Veranstaltungen kurzerhand zurück. Die lapidare Begründung: Es könne nicht sein, dass „Mörder Mörder spielen.“ Natürlich haben nicht die Anstaltsleitungen die Mitwirkenden vorgeschlagen, ABER es konnten sich alle InsassInnen zum Theaterprojekt melden, da KEINE Einschränkungen oder Auflagen seitens der Vollzugsdirektion oder des Ministeriums bestanden. Das Wiener Vorstadttheater wusste und weiß nicht Bescheid darüber, welche Straftaten die jeweiligen Laiendarstellerinnen verübt haben. Die Absage wenige Wochen vor den öffentlichen Aufführungen führt, ökonomisch betrachtet, zu einem Schaden der resozialisierenden Sozialarbeit. Der Reingewinn der Produktion wäre in den Sozialverein „Der Weg“ geflossen, also den Haftinsassinnen selbst zu gute gekommen. Dass ohne öffentliche Aufführungen kein Gewinn möglich ist, versteht sich von selbst, im Gegenteil, die Produktion ist damit defizitär.

Kulturarbeit hinter Gittern bedeutet öffentliche Zweitverurteilung der Anstaltsinsassinnen

Die Produktion wurde bis dato nur einmal in der Justizanstalt Gerasdorf aufgeführt. Hinter Gefängnismauern, praktisch mit auferlegtem Medienverboten. Dies gleicht einer Zensur von Kulturarbeit wie zu Metternichs besten Zeiten. Wenige Tage nach der Premiere versuchte der Boulevard die öffentliche Subventionierung der Produktion nochmals auf seine Art und Weise aufzurollen. In der Gratistageszeitung „heute“ wird etwa berichtet, dass „Totschläger vor Schülern auftreten wollten“, oder dass „Jung-Kriminellen ihr Theaterspaß bezahlt“ wird. Offensichtlich wird hier der gegenwärtigen Politik von Seiten des österreichischen Boulevards eine (Kultur)Politik

diktiert, welche die IG Kultur Wien als unerträglich ansieht. Wir erklären uns bezüglich der Absetzung der Produktion „Gerettet!“ und der Angriffe kleinformatiger Printmedien auf das „Wiener Vorstadttheater“ unter der Leitung von Manfred Michalke mit dem „Wiener Vorstadttheater“ solidarisch.

Weiters halten wir fest, dass Kulturproduktionen mit HaftinsassInnen bis vor kurzem kein Problem dargestellt bzw. zu keinen Problemen geführt haben und in vielen demokratischen Staaten Europas zur Normalität gehören. Die Vorgangsweise des Justizministeriums stellt einerseits einen Affront gegen professionelle; freie Kulturarbeit dar, andererseits hat sie zu einer öffentlichen Zweitverurteilung und Stigmatisierung der HaftinsassInnen geführt. Dass gerade in Jugendstrafvollzugsanstalten wie Gerasdorf der resozialisierende Charakter an oberster Stelle stehen muss, erscheint logisch. Worin dieser bei einer derartigen Vorgangsweise liegen soll bleibt schleierhaft. Eher erinnert diese ministerielle Posse an eine Anlehnung an Fjodor Dostojewskis Roman „Schuld und Sühne“.

Die IG KULTUR WIEN fordert daher:

- Die Produktion „Gerettet!“ muss in der ursprünglich vom Justizministerium genehmigten Besetzung auf öffentlichen Bühnen aufgeführt werden.
- Kulturarbeit mit Personen aus benachteiligten und marginalisierten Randgruppen muss gefördert und nicht unterbunden werden.
- Der Stellenwert der Kulturarbeit darf nicht unwidersprochen als „Freizeitvergnügen“ diskreditiert werden.
- Als einzige urbane Interessenvertretung freier Kulturschaffender in Österreich fordern wir maßgebliche politische EntscheidungsträgerInnen der Stadt Wien auf, politisch Stellung zu beziehen bzw. gemeinsam mit der magistralen Ebene verstärkt Produktionen mit sozialkritischem Hintergrund von gesellschaftlichen Randgruppen– welchen Genres und auch immer zugehörig – zu unterstützen und fördern.
- Keine weitere Boulevardisierung der (Kultur)Politik! Stattdessen muss eine integrative und partizipative Kulturpolitik gefördert und öffentlich transportiert werden.

